

Germany-Berlin: Research and development services and related consultancy services

OJ S 187/2020 25/09/2020

Contract award notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Postal address: Invalidenstr. 44

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Postal code: 10115

Country: Germany

Contact person: Durchführung des Vergabeverfahrens: Forschungszentrum Jülich GmbH, Projektträger Jülich

E-mail: b.kleinen@fz-juelich.de

Fax: +49 2461-61-5837

Internet address(es):Main address: <http://www.bmvi.de>**I.4. Type of the contracting authority**

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Konzeptionelle und technische Ausgestaltung einer Entwicklungsplattform für Power-to-Liquid-Kraftstoffe

II.1.2. Main CPV code

73000000 Research and development services and related consultancy services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) unterstützt die technologieoffene Forschung und Entwicklung erneuerbarer Kraftstoffe und leistet somit einen Beitrag zur Umsetzung des Klimaschutzplans der Bundesregierung mit u. a. Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Verkehrssektor um 40-42 % bis 2030. Mit erneuerbaren Kraftstoffen (strombasierte Kraftstoffe aus erneuerbaren Energiequellen (EE) und fortschrittliche Biokraftstoffe) können Treibhausgas-Minderungen für Verkehrsträger erreicht werden, die

mittelfristig nicht oder auch langfristig nur eingeschränkt elektrifiziert werden können. Das BMVI arbeitet aktuell an einem Förderkonzept zur Erzeugung strombasierter Kraftstoffe. Ziel der Förderung erneuerbarer Kraftstoffe ist es, einerseits verbliebene Forschungslücken zu schließen und andererseits den Markthochlauf zu erreichen. Insbesondere bei flüssigen strombasierten Kraftstoffen (PtL, Power-to-Liquid) besteht F&E-Bedarf hinsichtlich einzelner Verfahrensschritte (z. B. CO₂-Abscheidung aus der Atmosphäre) sowie der Integration von Verfahrensschritten in eine kohärente Gesamtprozesskette, welche im Wesentlichen auf erneuerbaren Energien basiert. Zudem bestehen noch Optimierungs- und Effizienzpotenziale im Hinblick auf Produktionskosten, Energieaufwand sowie nachhaltiger Rohstoffbeschaffung. Der bestehende Forschungs- und Entwicklungsbedarf könnte durch den Aufbau einer Plattform zur Entwicklung, Erprobung und Demonstration von Produktionsprozessen von Power-to-Liquid-Kraftstoffen (PtL-Plattform) gedeckt werden. Außerdem könnte eine solche Plattform den Markthochlauf von PtL-Kraftstoffen sinnvoll ergänzen und beschleunigen. Das BMVI erwägt die Finanzierung des Aufbaus einer solchen PtL-Plattform. Aus diesem Grund sollen die detaillierte Konzeption und Planung einer solchen PtL-Plattform erarbeitet werden. Übergeordnetes Ziel des Dienstleistungsauftrags ist somit die Durchführung von konzeptionellen und technischen Vorarbeiten zum Aufbau einer solchen PtL-Plattform.

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.1.7. Total value of the procurement

Value excluding VAT: 0,01 EUR

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

73200000 Research and development consultancy services, 75130000 Supporting services for the government, 79314000 Feasibility study

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE Deutschland

Main site or place of performance: Standort des Auftraggebers, des Auftragnehmers und weitere Orte in Deutschland.

II.2.4. Description of the procurement

Ziel der Bundesregierung ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 – 95 % zu senken. Erneuerbare Kraftstoffe liefern dabei einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor. Insbesondere für Verkehrsanwendungen, bei denen eine Elektrifizierung auf Basis von Batterien oder Wasserstoff-basierten Brennstoffzellen mittelfristig bis langfristig technisch schwierig ist (z. B. Schiffs- und Luftverkehr), ist der Einsatz von Flüssigkraftstoffen ein entscheidender Hebel zur Umsetzung eines nachhaltigen Verkehrs. Zudem können erneuerbare Flüssigkraftstoffe, zum Beispiel durch Beimischung zu konventionellen Kraftstoffen, eine Klimaschutzwirkung der Bestandsflotte bewirken. Aufgrund des begrenzten Potentials von Biokraftstoffen wird mittel- bis langfristig ein umfassender Einsatz von strombasierten Flüssigkraftstoffen (PtL-Kraftstoffe) notwendig. PtL-Kraftstoffe sind bisher am Markt nicht etabliert und es existieren keine Erzeugungsanlagen in industrieller Größenordnung. Die prozesstechnischen Technologien der PtL-Produktion sind größtenteils verfügbar. Es besteht jedoch noch Forschungs- und Entwicklungsbedarf hinsichtlich einzelner Verfahrensschritte (z. B. CO₂-Abscheidung aus der Atmosphäre) sowie

der Integration der gesamten Produktionskette auf Basis erneuerbarer Energien. Zudem sind noch Optimierungs- und Effizienzpotenziale im Hinblick auf Produktionskosten, Energieaufwand und nachhaltiger Rohstoffbeschaffung zu heben.

Der bestehende Forschungs- und Entwicklungsbedarf könnte durch den Aufbau einer Plattform zur Entwicklung, Erprobung und Demonstration von Produktionsprozessen von Power-to-Liquid-Kraftstoffen (PtL-Plattform) adressiert werden. Um verschiedene F&E-Bedarfe adressieren zu können, sollte eine solche PtL-Plattform aus einem Forschungs- und einem Demonstrationsmodul zusammengesetzt sein. Dabei würde das Forschungsmodul eine Forschungsanlage für F&E-Tätigkeiten im Labormaßstab inkl. einer Infrastruktur u.a. für die Analyse von PtL-Kraftstoffprodukten beinhalten. Für die Erprobung von Anlagen unter realen Betriebsbedingungen würde das Demonstrationsmodul eine Demonstrationsanlage inkl. Nebenanlagen (z. B. Wasseraufbereitung) und entsprechender Infrastruktur bereitstellen. Das Demonstrationsmodul würde dabei alle notwendigen Prozessschritte der PtL-Produktion exklusive der Stromerzeugung beinhalten. Die Produktionskapazität soll wesentlich über bestehende Demonstrationsanlagen in Deutschland hinausgehen um durch die Skalierungsschritte der Technologien einen Markthochlauf zu unterstützen. Zur Gewährleistung einer marktnahen Forschung und Entwicklung, soll sich eine solche PtL-Plattform zudem durch Netzwerkaktivitäten mit Wissenschaft und Industrie auszeichnen. Geeignete Standorte sowie konsistente technische und organisatorische Betriebskonzepte einer solchen PtL-Plattform sind noch zu identifizieren. Vor diesem Hintergrund sind für eine potentielle Umsetzung einer solchen PtL-Plattform umfangreiche konzeptionelle und technische Planungsarbeiten notwendig, welche im Rahmen dieses Dienstleistungsauftrags durchgeführt werden sollen.

Zunächst soll eine Analyse von Technologien und Verfahrenstechniken der PtL-Produktion durchgeführt werden. Diese dient als fachliche Grundlage zur Beurteilung zielführender Technologien eines PtL-Demonstrationsmoduls als Bestandteil einer PtL-Plattform. Darauf basierend sollen konzeptionelle Vorschläge für den Betrieb einer modularen PtL-Plattform erstellt werden, welche dem AG als Informationsgrundlage über die Ausgestaltung eines Demonstrationsmoduls einer PtL-Plattform dienen sollen (AP1).

Des Weiteren sollen geeignete Standorte für eine PtL-Plattform identifiziert und diese auf Basis unterschiedlicher Bewertungskriterien priorisiert werden (AP2).

In einem nächsten Schritt sollen die technische Konzeption und Planung eines Demonstrationsmoduls und eines Forschungsmoduls durchgeführt werden (AP 3).

Parallel hierzu soll ein Vorschlag zur organisatorischen und rechtlichen Ausgestaltung erarbeitet werden, welche unter anderem die Organisationsform- und -struktur sowie die Einbindung von Kooperationspartnern beinhaltet (AP4).

Der Aufbau von Demonstrations- und / oder Forschungsmodul ist nicht Teil dieser Ausschreibung.

II.2.5. Award criteria

Quality criterion - Name: Fachlich-inhaltliche Kriterien / Weighting: 50 %

Quality criterion - Name: Organisatorische Kriterien / Weighting: 20 %

Price - Weighting: 30 %

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2020/S 127-310655](#)

IV.2.8. Information about termination of dynamic purchasing system

IV.2.9. Information about termination of call for competition in the form of a prior information notice

Section V: Award of contract

Title:

Konzeptionelle und technische Ausgestaltung einer Entwicklungsplattform für Power-to-Liquid-Kraftstoffe

A contract/lot is awarded: yes

V.2. Award of contract

V.2.1. Date of conclusion of the contract

09/09/2020

V.2.2. Information about tenders

Number of tenders received: 1

Number of tenders received from SMEs: 0

Number of tenders received from tenderers from other EU Member States: 0

Number of tenders received from tenderers from non-EU Member States: 0

Number of tenders received by electronic means: 1

The contract has been awarded to a group of economic operators: no

V.2.3. Name and address of the contractor

Official name: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR); Institut für Verbrennungstechnik

Postal address: Pfaffenwaldring 38-40

Town: Stuttgart

NUTS code: DE Deutschland

Postal code: 70569

Country: Germany

The contractor is an SME: no

V.2.4. Information on value of the contract/lot

Total value of the contract/lot: 0,01 EUR

V.2.5. Information about subcontracting

Section VI: Complementary information

VI.3. Additional information

Mit der Abgabe seines Angebotes unterliegt der Bieter auch den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV.

Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt worden sind, sind vor dem Zuschlag gem. § 134 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) informiert worden.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Postal address: Villemombler Straße 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

E-mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Telephone: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Internet address: <http://www.bundeskartellamt.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Solange ein wirksamer Zuschlag (Vertragsschluss) noch nicht erteilt ist, kann als Rechtsbehelf ein Nachprüfungsantrag bei der unter VI.4.1) genannten Stelle gestellt werden. Informationen hierzu können §§ 160, 161 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) entnommen werden.

Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der unter I.1) genannten Kontaktstelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der unter I.1) genannten Kontaktstelle gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der unter I.1) genannten Kontaktstelle gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung bei der unter I.1) genannten Kontaktstelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt gem. § 160 Abs. 3 GWB nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

Die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der

Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. (vgl. § 135 Abs. 2 GWB). Grundsätzlich werden Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden, vor dem Zuschlag gemäß § 134 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) informiert.

VI.5. Date of dispatch of this notice

21/09/2020